

DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES RHEINLAND-PFALZ

21. Oktober 2019

Wi(e)dersprüche
Herrn Prof. Dr. Zander
Am Fort Gonsenheim 51a
55122 Mainz

Sehr geehrter Herr Professor Zander,

ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 4. September 2019, in welchem Sie mich fragen, ob ich den Fliegerhorst Büchel mit einem neuen Zaun versehen lassen möchte und mich dazu auffordern, die möglicherweise in Büchel stationierten Atomwaffen entfernen zu lassen.

Wie die Bedrohung durch nukleare Waffen wirksam beendet werden kann, gehört gewiss zu den drängendsten Fragen unserer Zeit. Deshalb danke ich Ihnen für Ihr Engagement in dieser Sache.

Lassen Sie mich jedoch zunächst darauf hinweisen, dass der Fliegerhorst Büchel eine Bundeseinrichtung ist. Jegliche Bauvorhaben unterliegen damit nicht der Aufsicht rheinland-pfälzischer Behörden. Lediglich im Rahmen der sogenannten Organleihe ist der Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) in die Maßnahmen involviert und unterstützt die zuständigen Bundesbehörden.

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz teilt Ihre Einschätzung, dass Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung dringend erforderlich sind. Das entspricht auch der Auffassung der Bundesregierung. Der geltende Koalitionsvertrag auf Bundesebene bezeichnet eine nuklearwaffenfreie Welt ausdrücklich als Ziel der Regierungspolitik. Den vorliegenden „Vertrag zum Verbot von Kernwaffen“ mit dem Ziel eines sofortigen Verbotes von Nuklearwaffen sieht die Bundesregierung jedoch nicht als geeignet an, um eine nuklearwaffenfreie Welt tatsächlich zu erreichen. Sie setzt stattdessen auf erfolgreiche Abrüstungsgespräche als Voraussetzung für einen Abzug der in Europa stationierten taktischen

Nuklearwaffen. Auch deshalb hat die Bundesregierung bei der Abstimmung in der 71. Generalversammlung der Vereinten Nationen mit „Nein“ gestimmt.

Seither sind zwei Jahre vergangen. Heute müssen wir feststellen: Es hat ein neues Wettrüsten begonnen, dessen Folgen unabsehbar sind. Schon jetzt zeigt sich deutlich, dass die neuerliche Rüstungsspirale der Welt nicht mehr, sondern weniger Sicherheit bringt. Sie verringert sogar die Chancen, kleinere Atommächte für Rüstungs-kontrollabkommen überhaupt noch zu gewinnen. Und die gigantischen Rüstungsausgaben binden finanzielle und personelle Ressourcen, die dringend zur Lösung anderer großer Probleme dieser Welt gebraucht werden – ich nenne nur die Armutsbekämpfung und den Klimaschutz.

Angesichts dieser Weltlage halte ich es für ein Gebot der Stunde, dass sich alle staatlichen Instanzen zusammen mit der Zivilgesellschaft zu einem effektiven Stopp des atomaren Wettrüstens deutlich bekennen und wirksam dafür einsetzen. Ich begrüße daher die Initiativen wie ICAN oder das Netzwerk Vulkaneifel genauso wie Ihre Initiative Wi(e)dersprüche, sehr geehrter Herr Professor Zander. Der Blick in die Geschichte zeigt, dass starke Bewegungen für Frieden und Abrüstung zu entscheidenden positiven Veränderungen beitragen können.

Rheinland-Pfalz hat, wie Sie wissen, grundsätzlich keine Zuständigkeit in Fragen der Außenpolitik und der Stationierung von Nuklearwaffen. Aber die Landesregierung hat eine klare Haltung, die wir an verschiedenen Stellen zum Ausdruck bringen. Für uns ist das Festhalten an Kernwaffen die falsche Konsequenz aus der komplexen friedenspolitischen Weltlage. Derzeit loten wir aus, ob wir für eine mögliche Initiative dazu im Bundesrat Mehrheiten finden können.

Mit allem Respekt für Entscheidungen der Bundesregierung verdeutlichen wir immer wieder gegenüber der Bundespolitik, dass für Rheinland-Pfalz der Einsatz für eine kernwaffenfreie Welt ein erstrangiges Anliegen ist. Ich habe mich daher zum wiederholten Mal an die Bundeskanzlerin gewandt und die Bundesregierung aufgefordert, angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage in Abstimmungsgespräche mit anderen NATO-Partnern einzutreten, um auf internationaler Ebene Schritte zu unternehmen, die ein vollständiges Verbot von Atomwaffen wirksam befördern.

Mit freundlichen Grüßen

